

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung:

68. Tagung 2013/2014

- Erste Annäherung zwischen Iran und den USA
- Modus für nachhaltige Entwicklungsziele festgelegt
- Resolution zu Privatheit im digitalen Zeitalter verabschiedet

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß, Generalversammlung: 67. Tagung 2012/2013, VN, 3/2014, S. 125ff., fort.)

Die 68. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am Nachmittag des 17. Septembers 2013 vom Präsidenten der Generalversammlung John Ashe aus Antigua und Barbuda wie üblich am Amtssitz in New York eröffnet. Allerdings traf man sich nicht im gewohnten Sitzungssaal, sondern aufgrund der Sanierungsarbeiten in einem Ausweichsaal. In seiner Rede zur Eröffnung der Generaldebatte wies Ashe unter anderem auf den Schwerpunkt der kommenden Monate hin: die Vorbereitung auf die Post-2015-Entwicklungsagenda. Diesem Oberthema habe er drei hochrangige Treffen und drei thematische Debatten gewidmet. Dazu gehörten das erste Politische Forum auf hoher Ebene über nachhaltige Entwicklung am 24. September und die Sonderveranstaltung zur Weiterverfolgung der Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) am 25. September. Auf Letzterer wurden zwei wichtige Weichen gestellt: zum einen, dass es nur einen Katalog von Zielen geben soll, die universeller Natur und für alle Länder gelten sollen, und zum anderen, dass ein zwischenstaatlicher Verhandlungsprozess eingeleitet werden soll, der zur Verabschiedung der Post-2015-Entwicklungsagenda führen wird (68/6).

Der überwiegende Teil der Resolutionen und Beschlüsse wurde routinemäßig

und ohne größere Änderungen zu den Vorjahresresolutionen angenommen. An thematischen Debatten wurden folgende abgehalten: MDGs und Menschen mit Behinderungen (68/3) und internationale Migration und Entwicklung (68/4), welche in einem Ergebnisdokument beziehungsweise in eine Erklärung mündeten, sowie zu nuklearer Abrüstung (siehe Abschnitt Abrüstung). Der Hauptteil der 68. Tagung mit 72 Sitzungen endete am 27. Dezember 2013. Der zweite Teil mit weiteren 37 Sitzungen begann am 29. Januar und endete am 15. September 2014. Die Staatenvertreter verabschiedeten in dieser Zeit 310 Resolutionen und 88 Beschlüsse. Den Delegierten lagen insgesamt 994 Dokumente vor. Am 9. Oktober nahm die Versammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation zur Kenntnis (Kommentar: Henrike Landré, VN, 5/2013, S. 223f.).

Generaldebatte

Die Generaldebatte begann am 24. September und endete am 1. Oktober. 194 Vertreterinnen und Vertreter von Staaten und Organisationen hielten Reden vor dem Plenum. Seit dem Jahr 2003 ist es üblich, dass der Präsident der Generalversammlung ein Thema für die Debatte vorgibt. Dieses Mal lautete es: 'The Post-2015 Development Agenda: Setting the Stage!'

In den Reden der Staatenvertreter herrschten wie im Vorjahr die Themen Syrien-Krise und iranisches Atomprogramm vor sowie neu das Ausspionieren durch Geheimdienste. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eröffnete die Generaldebatte mit dem Verweis auf das entscheidende Jahr 2015: »2015 ist das Jahr, bis zu dem wir die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht haben wollen. Es ist das Jahr, in dem wir eine neue Entwicklungsagenda verabschieden werden. Und es ist das Jahr, in dem Sie ein bindendes Klimaabkommen vereinbaren wollen«. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle erinnerte in seiner Rede an den Beitritt beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen vor 40 Jahren, legte im Anschluss einen besonderen Schwerpunkt auf die UN-Reform und die inter-

nationalen Bemühungen zur Abrüstung der syrischen Chemiewaffen (Rede: VN, 1/2014, S. 37f.).

Mit Spannung erwartet wurden die Reden des amerikanischen Präsidenten Barack Obama und des neuen iranischen Präsidenten Hassan Rohani. Obama äußerte sich zuversichtlich, dass ein bedeutendes Abkommen mit Iran möglich sei, solange Iran nicht nach Atomwaffen streben würde. Mit Blick auf die syrischen Chemiewaffen forderte er Konsequenzen, sollte Syrien nicht alle Chemiewaffen auf seinem Boden vernichten. Während Israels Präsident Benjamin Netanjahu eindringlich vor dem neuen iranischen Präsidenten Rohani warnte, blieb dieser in seiner Rede im Ton sachlich. Zwar äußerte sich Rohani in der Sache Atomprogramm genauso vage wie sein Vorgänger Mahmud Ahmadinedschad, er vermied aber dessen anklagende Töne. Als weiterer Hinweis für ein Ende der diplomatischen Eiszeit konnte das erste offizielle Gespräch zwischen dem amerikanischen und dem iranischen Außenminister seit 1979 am Rande der Generaldebatte angesehen werden. Ihm folgte wenig später das erste Telefongespräch zwischen Obama und Rohani.

Abrüstung

Die Generalversammlung hielt am 26. September eine Tagung auf Hoher Ebene zu nuklearer Abrüstung ab. Ergebnis dieser Tagesdebatte war Resolution 68/32. Darin wird die Abrüstungskonferenz aufgefordert, dringend Verhandlungen über ein umfassendes Kernwaffenübereinkommen aufzunehmen. Ferner soll spätestens im Jahr 2018 eine internationale Konferenz der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über nukleare Abrüstung abgehalten werden.

Politik und Sicherheit

Die Generalversammlung nahm zum Ukraine-Konflikt Stellung. In Resolution 68/262 vom 27. März 2014 bekräftigte sie ihr Bekenntnis zur Souveränität, politischen Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Das am 16. März 2014 in

der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol abgehaltene Referendum sei von der Ukraine nicht genehmigt gewesen. Alle Staaten werden aufgefordert, keine Änderung des Status der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol auf der Grundlage des genannten Referendums anzuerkennen.

Sozialfragen

Um gegen die Tötung von Frauen und Mädchen ein Zeichen zu setzen, verabschiedete die Generalversammlung die Resolution 68/191. Darin bittet sie die Mitgliedstaaten unter anderem, eine Vielzahl von Maßnahmen zu ergreifen, darunter Präventivmaßnahmen und der Erlass sowie die Umsetzung von Rechtsvorschriften betreffend die Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund des Geschlechts.

Wirtschaft und Entwicklung

Gleich zu Beginn der Tagung verabschiedete die Generalversammlung ein Reformpaket für den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), um ihn als maßgebliches Forum für Fragen der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu stärken (68/1). Dabei handelt es sich jedoch im Wesentlichen um Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Straffung der Agenda. So soll der Rat unter anderem ein Jahresthema vorgeben und sein Arbeitsprogramm auf einen Zyklus beginnend im Juli umstellen. Damit der ECOSOC flexibler reagieren kann, kann er neben der üblichen Arbeitstagung und Organisationstagung auch Sondertagungen und *Ad-hoc*-Sitzungen einberufen.

Mit Blick auf die Post-2015-Entwicklungsagenda wurde neben der Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in Resolution 68/188 festgehalten, dass die Agenda von der Achtung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit geleitet sein soll und dass der Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle zukommt.

Um den Drogenanbau einzudämmen, billigte die Generalversammlung die auf einer hochrangigen Konferenz in Lima Ende 2012 ausgehandelten Leitlinien der Vereinten Nationen für Alternative Entwicklung. Alternative Entwicklung bedeutet in Bezug auf die Drogenproblematik, dass in den Anbaugebieten für Koka



Auf beengtem Raum im Saal des Ausweichgebäudes verabschiedeten die Staatenvertreter am 27. März 2014 die Resolution 68/262 ‚Territoriale Unversehrtheit der Ukraine‘ mit 100 Ja- und 11 Gegenstimmen sowie 58 Enthaltungen.

UN-Photo: 548353

und Schlafmohn legale Anbaukulturen gefördert werden und diese den Drogenanbau schrittweise verdrängen (68/196).

In einem zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess soll während der 69. Tagung ein multilateraler Rechtsrahmen für Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden erarbeitet und angenommen werden. Ziel ist, die Effizienz, Stabilität und Berechenbarkeit des internationalen Finanzsystems zu erhöhen und für hoch verschuldete Entwicklungsländer kurzfristige, effektive, umfassende und dauerhafte Lösungen zu finden (68/304).

Menschenrechte

In Resolution 68/165 bekräftigten die Mitgliedstaaten das Recht auf Wahrheit, um zur Beendigung der Straflosigkeit beizutragen. Die Staaten werden aufgefordert, wenn erforderlich, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen einzurichten und deren Ergebnisse zu veröffentlichen. Darüber hinaus sollen sie eine nationale Archivpolitik festlegen, die sicherstellt, dass alle Archive, die einen Menschenrechtsbezug aufweisen, erhalten und geschützt werden.

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hatte in ihrer Rede bei der Generaldebatte das elektronische Ausspionieren brasilianischer Firmen, Politiker und Bürger durch Geheimdienste gerügt. Dies sei eine Verletzung des Völkerrechts. Auf Brasiliens und Deutschlands Initiative hin ver-

abschiedete die Generalversammlung daher zum ersten Mal eine Resolution zum Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter (68/167). Darin wird erklärt, dass die gleichen Rechte, die Menschen offline haben, auch online geschützt werden müssen (vgl. dazu den Beitrag von Hullmann et al., VN, 3/2015, S. 125–128).

Resolutionen zu problematischen Menschenrechtssituationen in einzelnen Ländern ergingen, wie in den drei Vorjahren, zu Iran, Myanmar, Nordkorea und Syrien. Zum zweiten Mal konnten die in der Vergangenheit stets strittigen Resolutionen zu Myanmar und Nordkorea ohne Abstimmung verabschiedet werden. Im Fall Syrien verurteilte die Versammlung mit Nachdruck den Einsatz chemischer Waffen, insbesondere das Massaker im Gebiet Ghouta von Damaskus, und nimmt Kenntnis vom Bericht der Untersuchungskommission vom 16. September 2013, der klare Beweise dafür liefert, dass am 21. August 2013 aus von der Regierung kontrolliertem Gebiet Boden-Boden-Raketen in Oppositionsgebiete abgefeuert wurden und dass dabei Munition, die Sarin enthielt, zum Einsatz kam (68/182).

Haushalt und Verwaltung

Für die Jahre 2014 und 2015 können die UN über einen ordentlichen Haushalt von 5,53 Mrd. US-Dollar verfügen. Dies beschloss die Generalversammlung mit Resolution 68/248 am 27. Dezem-

ber 2013. Dies sind 378 Mio. US-Dollar mehr als der vorherige Zweijahreshaushalt (5,152 Mrd. US-Dollar). Es gab keine nennenswerten Verschiebungen innerhalb der Programmbereiche.

Ferner billigte die Versammlung in einzelnen Resolutionen den Haushalt von 5,6 Mrd. US-Dollar für zwölf Friedenssicherungsmissionen für den Zeitraum 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015. Die größten Mittelzuweisungen erhielt wieder die Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) mit 1,51 Mrd. US-Dollar (GA/AB/4116 v. 3.7.2014). Zum ersten Mal seit 18 Jahren genehmigte die Generalversammlung darüber hinaus Anpassungen bei den Kostenerstattungsätzen für die truppenstellenden Länder. Man einigte sich auf eine neue monatliche Rate von 1322 US-Dollar pro Person ab 1. Juli 2014 und eine schrittweise Anpassung auf 1410 US-Dollar pro Person bis 1. Juli 2017 (68/282).

Mit Resolution 68/265 verabschiedete die Versammlung den sogenannten Rahmen für Mobilität, der ab 2016 gelten soll und neue Richtlinien für die regelmäßige Versetzung der UN-Bediensteten festlegt. Ziel ist, eine höhere Fluktuation zwischen den Posten in schwierigen, krisengeschüttelten Ländern und Posten an den UN-Standorten wie New York, Genf, Wien zu erreichen.

Rechtsfragen

Die für die Weiterentwicklung des Völkerrechts zuständigen Kommissionen der Vereinten Nationen legten im Berichtszeitraum drei Regelwerke vor, die die Generalversammlung zur Kenntnis nahm. Dazu gehörte der von der Völkerrechtskommission erarbeitete Praxisleitfaden für Vorbehalte zu Verträgen (68/111), der Leitfaden der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) für die Einrichtung eines Registers für Sicherungsrechte (68/108) und die Regeln der UNCITRAL über Transparenz bei vertraglichen Investor-Staat-Schiedsverfahren sowie die Schiedsordnung (68/109).

Umwelt

Auf der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 war beschlossen worden, einen offenen und transparenten zwischenstaatlichen Prozess zur Formulierung globaler Ziele der nachhaltigen Entwicklung einzurich-

ten. Die daraufhin eingesetzte Offene Arbeitsgruppe über die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung legte im Juli 2014 ihren Bericht (A/68/970) vor. Darin werden 17 Ziele sowie 169 Unterziele genannt (Näheres dazu im Themenheft ›Welche zukünftigen Entwicklungsziele?, VN, 6/2014). In Resolution 68/309 begrüßte die Generalversammlung den Bericht der Offenen Arbeitsgruppe und beschloss, dass der in dem Bericht enthaltene Vorschlag die Hauptgrundlage für die Einbeziehung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in die Post-2015-Entwicklungsagenda ist.

Internationale Gedenkanklässe

Die Generalversammlung verabschiedete auf der 68. Tagung insgesamt drei neue Internationale Tage, drei neue Internationale Jahre, eine neue Dekade sowie einen neuen Preis. Auf der Tagung auf Hoher Ebene zu nuklearer Abrüstung wurde der 26. September zum Internationalen Tag für die vollständige Beseitigung der Kernwaffen erklärt (68/32). Aus Anlass der Verabschiedung des Washingtoner Artenschutzabkommens am 3. März 1973 soll der 3. März der Welttag der freilebenden Tiere und Pflanzen sein (68/205). Auf den Zustand der Böden soll der Weltbodentag am 5. Dezember aufmerksam machen.

Um das Thema Böden zu vertiefen, wurde 2015 zum Internationalen Jahr der Böden (68/232) bestimmt. Das Jahr 2015 wird darüber hinaus auch das Internationale Jahr des Lichts und der Lichttechnologie sein (68/221). Nachdem in den Jahren zuvor die für die Welternährung wichtigen Nahrungsmittel Reis, Kartoffeln und Quinoa bereits Gegenstand Internationaler Jahre waren, erklärte die Versammlung das Jahr 2016 zum Internationalen Jahr der Hülsenfrüchte (68/231).

Das Jahrzehnt beginnend mit dem 1. Januar 2015 wurde zur Internationalen Dekade der Menschen afrikanischer Abstammung erklärt. Es endet am 31. Dezember 2024 und steht unter dem Motto ›Menschen afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung‹. Zu Ehren des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten rufen die Vereinten Nationen den Nelson-Rolihlahla-Mandela-Preis aus (68/275). Mit dem Ehrenpreis sollen herausragende Leistun-

gen und Beiträge einzelner Personen zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen gewürdigt werden.

Wahlen und Ernennungen

Der Wahl des Präsidenten der nächsten Generalversammlung gingen dieses Mal Proteste und Debatten voraus. Vorschlagsrecht hatte die Gruppe der afrikanischen Staaten. Sie hatte den Außenminister Ugandas Sam Kutesa vorgeschlagen. Anlass der Kritik war ein während Kutesas Amtszeit verabschiedetes Gesetz, das Sex zwischen Homosexuellen unter potenziell lebenslängliche Strafe stellt. Dennoch wurde Kutesa am 11. Juni 2014 per Akklamation zum Präsidenten der 69. Generalversammlung gewählt. Wenige Tage später bestätigten die Staatenvertreter die Ernennung von Prinz Zeid Ra'ad Zeid Al-Husseini aus Jordanien zum Hohen Kommissar für Menschenrechte. Seine vierjährige Amtszeit begann am 1. September 2014 und endet am 31. August 2018.

Als Exekutivdirektor des Programms der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (HABITAT) wiedergewählt wurde am 17. Juli 2014 der Spanier Joan Clos. Seine zweite Amtszeit begann am 18. Oktober 2014 und wird am 31. Dezember 2017 enden. Ebenfalls wiedergewählt wurde der Deutsche Achim Steiner als Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms (UNEP). Seine zweite, auf zwei Jahre befristete Amtszeit trat er am 15. Juni 2014 an. Steiners letzter Arbeitstag in Nairobi wird der 14. Juni 2016 sein. Der Deutsche Jörg Stosberg wurde für zweieinhalb Jahre zum Mitglied des Pensionsausschusses des Personals der Vereinten Nationen gewählt – endend am 31. Dezember 2016. In der jährlich wiederkehrenden Resolution zur Neubelebung der Generalversammlung wurde im Jahr 2014 beschlossen, dass ab der 70. Tagung die Wahlen für die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und die Mitglieder des ECOSOC sechs Monate vorm Amtsantritt der gewählten Mitglieder abgehalten werden sollen (68/307).

Verschiedenes

Für Dezember 2015 wurde ein Treffen auf höchster Ebene in der Generalversammlung anberaumt, um eine Gesamtüberprüfung der Ergebnisse des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft von 2003 und 2005 vorzunehmen (68/302).